

Deputation für Bildung

(städtisch)

Sitzungsprotokoll der 29.Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
07. September 2006	17.00 Uhr	17.50 Uhr	Rembertiring 8 – 12 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 18. Juli 2006	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Bericht zum Einsatz von Schül- erassistentinnen und Schül- erassistenten	Vorlage G 173
TOP 5	Gesamtkonzept „Schulvermeidung spürbar senken“	Vorlage G 174
TOP 6	Abschluss einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Lan- desinstitut für Schule für das Schuljahr 2006/2007	Vorlage G 175/L 218
TOP 7	Bericht zur Durchführung der Ostercamps 2006	Vorlage G 176
TOP 8	Produktbereichscontrolling Stand 30. Juni 2006	Vorlage G 178/L 217
TOP 9	Sachstand Kinder und Jugendbibliotheken	Vorlage G 177
TOP 10	Zukünftige Nutzung des Gebäudes auf der Hohwisch	Vorlage G 179

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Stahmann beantragt, die Vorlage G 174 auszusetzen, da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hierzu noch ein Fachgespräch plant. Herr Rohmeyer spricht sich gegen die Aussetzung aus, da die Vorlage lediglich die Kenntnisnahme eines Berichtes aus dem Jahr 2005 vorsieht. Frau Hövelmann stimmt Herrn Rohmeyer zu, da ihrer Ansicht nach Fragen die sich im Rahmen des Fachgesprächs entwickeln auch noch in einer anderen Sitzung gestellt werden können.

Frau Stahmann beantragt, die Vorlage G 174 auszusetzen.

Die Deputation für Bildung lehnt diesen Antrag bei 2 Fürstimmen ab.

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 18. Juli 2006

Das Protokoll der 28. Sitzung der Deputation für Bildung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

- 1) Die Antwort auf die Frage von Herrn Rohmeyer, wie groß der **Überhangspool der nicht amtsangemessen eingesetzten Personen (A 14 - A 16)** ist, wurde versandt. Frau Stahmann fragt, ob es sich wirklich nur um 4 Personen handelt, da man bei Schulbesuchen manchmal das Gefühl erhält, dass es sich um eine größere Anzahl handeln könnte. Herr Bothmann antwortet, dass es derzeit in der Tat nur 4 Fälle sind, durch Krankheiten oder Konflikte kann sich diese Zahl jedoch auch schnell verändern.
- 2) Der erbetene **Sachstandsbericht zur Renovierung des Schulzentrums Grenzstraße** in Walle wurde versandt.
- 3) Der **Sachstandsbericht zu Verzögerungen bei der Besetzung von Leitungs- und Funktionsstellen** an den Bremer Schulen wurde verteilt.
- 4) Herr Rohmeyer bittet um eine Verschiebung des **TOP „Bildungslandschaften“** in die November-Sitzung der Deputation für Bildung.
- 5) Frau Schmidtke bittet um einen **Sachstandsbericht zur räumlichen Kooperation der Grundschule Fährer Flur und der KiTa Lobbendorf**.
- 6) Herr Bürger fragt unter Bezugnahme auf einen Artikel der Norddeutschen Zeitung nach **Fehlern im neuen Bremer Schulatlas**. Vor allem möchte er wissen, wer hier die Verantwortung trägt, und welche Kosten entstanden sind. Senator Lemke erwidert, dass das Aussehen einer Stadt beständig dem Wandel unterliegt, die festgestellten marginalen Fehler im Schulatlas fallen in diesen Bereich der normalen Stadtveränderung, so dass es hier zu keinen kostenwirksamen Maßnahmen kommen werde.
- 7) Frau Kauertz fragt nach den Planungen hinsichtlich des **Förderzentrums Bardowickstraße**. Herr Bothmann erwidert, dass es hierzu keine neuen Aspekte oder konkreten Planungen gebe.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung zu.

TOP 4 Bericht über den Einsatz von Schulassistentinnen und Vorlage G 173
Schulassistenten im Schuljahr 2006/2007

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 5 Gesamtkonzept „Schulvermeidung spürbar senken“ Vorlage G 174

Frau Hövelmann dankt Frau Kampe für ihre Arbeit, die auch von den Schulen sehr hoch angesehen wird. Frau Stahmann weist auf den hohen Anteil von Grundschulkindern hin, die die Schule vermeiden. Sie fragt, was getan wird, damit die Kinder nicht längere Zeit fehlen. Herr Rohmeyer vertritt die Auffassung, dass unterschiedliche Schulen unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten und Personal benötigen, jede Schule sollte nach ihren Konzepten vorgehen können. Frau Hövelmann sagt, dass ihrer Ansicht nach der Anteil von Grundschulern bei 4000 Schülerinnen und Schülern je Jahrgang nicht so hoch erscheint. Dennoch darf es natürlich nicht hingenommen werden, wenn sich auch nur ein Kind der Schule entzieht. Sie begrüßt es, dass nun endlich verbindliche Zahlen zu diesem Thema vorliegen. Frau Kampe erwidert, dass die Grundschulen erste Priorität erhalten, auch die eigenmächtige Ausweitung der Ferienzeit durch die Eltern wird stärker sanktioniert werden. Frau Stahmann findet den Einsatz von Schulassistentinnen und Schulassistenten sinnvoll. Wenn jedoch der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, ist in jedem Fall das Jugendamt zu beteiligen. Sie bittet, eine Kooperation mit dem Amt für soziale Dienste und dem Jugendamt herzustellen. Frau Kampe

erwidert, dass dies durch die Einrichtung der SCHUPS geschehen ist. Wichtig zu Bedenken ist, dass das Amt für soziale Dienste nur dann eingreifen kann, wenn die Familie dies möchte, oder wenn eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Die Einschätzung, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, obliegt dem Jugendamt. Herr Prof. Dr. Weiss fragt, wie es gelingt die Lehrkräfte dazu zu bringen, Schulverweiderinnen und Schulverweider sofort zu melden. Frau Kampe erwidert, dass die Lehrkräfte in den Grundschulen oft die Hoffnung hegen, dass ihre Meldung wirklich für eine Veränderung der Situation sorgt. Ob diese positive Einschätzung ohne Abstriche auf die Sek. I und II übertragbar sei, sei allerdings zu bezweifeln. Senator Lemke dankt Frau Kampe da eine Verbesserung bezüglich der Schulvermeidung deutlich erkennbar ist.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Schulvermeidung zur Kenntnis. Gleichzeitig begrüßt sie die flächendeckende Absicherung der Schulverweiderprojekte und die Optimierung der Zugangssteuerung in die Projekte. Sie bittet die Verwaltung um weiterhin jährliche gemeinsame Berichterstattung mit dem Amt für Soziale Dienste.

TOP 6 Abschluss einer Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Landesinstitut für Schule für das Schuljahr 2006/2007 Vorlage G 175 / L 218

Die Vorlage wurde bereits unter dem TOP 10 staatlich behandelt.

TOP 7 Bericht zur Durchführung der Ostercamps 2006 Vorlage G 176

Senator Lemke dankt allen Beteiligten für ihren Einsatz und die grandiose Arbeit. Herr Rohmeyer schließt sich diesem Dank an, und verweist darauf, dass dieses Projekt weit über die Landesgrenzen Bremens hinaus Beachtung findet. Die Maßnahme wird inzwischen bundesweit kopiert. Frau Stahmann sagt, dass Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler schon im Vorfeld soweit stärken und fördern müssen, dass solche Maßnahmen zukünftig nicht mehr oder nur für einen weit kleineren Kreis von Schülerinnen und Schülern nötig sind. Senator Lemke erwidert, dass die Maßnahme so hoch angesehen sei, dass sich sogar mehr Schülerinnen und Schüler als angesprochen angemeldet haben.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Durchführung der Fördermaßnahme „Ostercamp“ während der Osterferien 2006 zur Kenntnis.

TOP 8 Produktbereichscontrolling Stand 30. Juni 2006 Vorlage G 178 / L 217

Der TOP wurde bereits unter dem TOP 9 - staatlich - behandelt.

TOP 9 Umwandlung der Kinder- und Jugendbibliotheken zu Schulbibliotheken Vorlage G 177

Frau Stahmann bittet, bei der Mittelverlagerung die Haushaltsmittel mit einem Vermerk zu versehen, damit das Geld auch bei den Bibliotheken ankommt. Sie fragt, ob die besten Bücher von der Stadtbücherei mitgenommen werden. Senator Lemke erwidert, dass dies begleitet werde. Ein ehemaliger Kollege habe sich bereit erklärt, hier ehrenamtlich als Vertrauensmann tätig zu werden. Frau Hövelmann begrüßt diese Regelung.

Beschluss

1. Die Deputation für Bildung und die Deputation für Kultur stimmen der Umwandlung der Kinder- und Jugendbibliotheken zu Schulbibliotheken zu.
2. Die Deputation für Bildung und die Deputation für Kultur stimmen der unter C. genannten Nachbewilligung zu.

TOP 10 Zukünftige Nutzung des Gebäudes Auf der Hohwisch

Vorlage G 179

Senator Lemke weist auf den neuen Beschlussvorschlag hin und erläutert die Hintergründe des im Einvernehmen mit allen Beteiligten gefundenen Kompromisses. Die Grundrichtung der Vereinbarung sei klar, über die Details müsse noch im Einzelnen beraten werden. Herr Rohmeyer sagt, dass die Bestrebungen, die zwei Schulen zu verschmelzen, weiter ausgestaltet werden müsse. Der zweigeteilte Beschlussvorschlag ermögliche weitere Beratungen. Wichtig ist, dass für den Stadtteil Hastedt ein 4-jähriges Grundschulangebot erhalten bleibt. Hinsichtlich der Schulgeschichtlichen Sammlung hat sich seiner Ansicht nach alles zum Guten entwickelt. Frau Stahmann vertritt die Ansicht, dass die Schulgeschichtliche Sammlung ausziehen sollte und die beiden Grundschulen in diesem Gebäude die Gelegenheit erhalten sollten, ihre Konzepte zu entwickeln. Da die Eltern der Kinder der Grundschule auf der Hohwisch nicht ausreichend einbezogen wurden, lehne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage ab. Frau Hövelmann entgegnet, dass der Beschluss, heute einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen, in der vergangenen Sitzung von der Deputation getroffen wurde. Dieser sei nunmehr existent und müsse in weiteren Beratungen ausgestaltet werden.

Beschluss (gegen 2 Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen)

1. Die Deputation für Bildung begrüßt das in der Vorlage dargestellte Konzept zur gemeinsamen Nutzung des Gebäudes „Auf der Hohwisch“ ab dem Schuljahr 2007/08 durch die Dependance Hohwisch der Schule Am alten Postweg, die Kinderschule und die Schulgeschichtliche Sammlung.
2. Die Deputation für Bildung bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft, zur Oktbersitzung der Deputation die schulorganisatorische Maßnahme zur schrittweisen Verschmelzung der Dependance Hohwisch der Schule am alten Postweg mit der Kinderschule vorzulegen.

Senator

Sprecherin

Protokollantin